Dieses Dokument ist lizenziert für VÖBB-Servicezentrum, ui58016c.
Alle Rechte vorbehalten. © DIE ZEIT. Download vom 07.08.2024 16:03 von genios.genios.de.

Post aus Peking

Wie der Verfassungsschutz den Maoismus in die Bundesrepublik brachte, um die Linke zu spalten – ein kurioses Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte **VON MASCHA JACOBY**

Wer sind unsere Feinde? Wer sind unsere Freunde? Das ist eine Frage, die für die Revolution erstrangige Bedeutung hat« – Worte des Großen Vorsitzenden Mao Zedong, nachzulesen auf Seite 15 der »Mao-Bibel«, die vor 50 Jahren erstmals in der Bundesrepublik erschien. Die deutschsprachige Ausgabe der roten Sprüchesammlung wurde zu einem Kultbüchlein der 68er-Bewegung. Von China lernen hieß siegen lernen: Eine »Kulturrevolution«, so etwas wollte man auch im Westen anzetteln – von den chinesischen Gräueln wusste man nicht oder wollte nicht von ihnen wissen. Rudi Dutschke pries Maos Vorgehen als Modell. Mitglieder der Kommune 1 verkleideten sich als Rote Garden, importierten und verkauften die »Mao-Bibel« und lasen bei Gericht aus ihr vor. Im Sommer 1968 zerfiel die antiautoritäre Bewegung auf ihrem Höhepunkt. Nun bildeten sich die ersten größeren dogmatischen Gruppen, die Maos Ideen für den Aufbau einer maoistischen kommunistischen Partei studierten – die sogenannte ML-Bewegung entstand, ML für »Marxismus-Leninismus«.

Aber wusste die revolutionäre deutsche Linke auch, wer ihre Feinde waren und wer ihre Freunde?

Ein Blick in Archive, abgelegene Publikationen und überlesene Kapitel viel zitierter Bücher legt eine klare Antwort nahe: Nein. Denn der Maoismus schwappte, was kaum bekannt ist, schon in die Bundesrepublik, bevor die Studentenbewegung mit der Kulturrevolution flirtete. Anfang der sechziger Jahre, unmittelbar nach Chinas offenem Bruch mit der Sowjetunion, trafen immer mehr chinesische Propagandamaterialien ein – mit Flugzeugen, Schiffen und Botschaftsautos. Westdeutsche Postboten trugen sie aus. Und ausgerechnet der Verfassungsschutz war es, der dahintersteckte. Ungebeten half er der chinesischen Regierung, den Maoismus an die richtigen Adressen zu bringen: in die Briefkästen von Mitgliedern der verbotenen sowjetnahen KPD. »Alles, was der Feind bekämpft, müssen wir unterstützen; alles, was der Feind unterstützt, müssen wir bekämpfen« – Worte des Großen Vorsitzenden Mao Zedong.

Gut fünf Jahre zuvor, 1956, hatte sich der Streit zwischen China und der Sowjetunion über den richtigen Weg zum Kommunismus angebahnt. Nikita Chruschtschow kritisierte damals in seiner berühmten Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU den Stalinismus – auch um Reformen einzuleiten. Als daraufhin Aufstände in einigen Ostblockstaaten ausbrachen, griff der sowjetische Staat jedoch hart durch: Ende des Jahres marschierte die Rote Armee in Ungarn ein und schlug die dortigen Proteste nieder. Mao bezeichnete die Sowjetunion deshalb als »sozialimperialistisch«. Wie die USA, nur unter dem Deckmantel des Sozialismus, setze sie ihre Macht mit militärischer Gewalt durch. Zudem sei sie »revisionistisch«, weil sie die Weltrevolution aufgegeben und sich letztlich mit dem Westen arrangiert habe.

Damit durchbrach Mao die binäre Logik des Kalten Krieges. Das kommunistische Lager begann sich zu spalten. Die chinesische Regierung stilisierte den Maoismus fortan zum »Dritten Weg«; er sollte eine radikale Alternative bieten zum westlichen Kapitalismus wie zum sowjetischen Staatssozialismus.

Dieser »Dritte Weg« war für die Neue Linke im Westen äußerst attraktiv. Die 68er feierten den Maoismus als eine »reine Form« des Sozialismus – revolutionär, jung, solidarisch. Schon Jahre zuvor indes entdeckten ihn die Sicherheitsbehörden als Mittel im Kampf gegen den Feind im Kalten Krieg: gegen die Sowjetunion, die sich nun an zwei Fronten behaupten musste.

1978 enthüllte der ehemalige Chef des Verfassungsschutzes Günther Nollau in seinem Buch *Das Amt,* mit welchen Methoden seine Behörde die SED und deren Bruderpartei in Westdeutschland bekämpfte. Drei Jahre zuvor hatte Nollau wegen der »Guillaume-Affäre« abdanken müssen: Ein Stasi-Spion hatte es bis ins Kanzleramt geschafft – der Skandal besiegelte das Ende von Willy Brandts Kanzlerschaft. Was hatte Nollau dazu zu sagen? Diese Frage vor allem bewegte die Öffentlichkeit, als sein Buch erschien; seine übrigen Schilderungen gingen darüber fast vollständig unter. Dabei waren sie nicht minder brisant.

Ausführlich beschreibt Nollau, wie seine Behörde zunächst die KPD unterwanderte und dann 1956 das Verbot der Partei vorbereitete. Dies sei »eine unserer Hauptaufgaben« gewesen, in Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten der Alliierten; der Kalte Krieg befand sich damals auf einem ersten Höhepunkt.

Mit dem KPD-Verbot war es für den Verfassungsschutz allerdings nicht getan. Auch danach beschäftigte er noch »Dutzende von geheimen Vertrauensleuten« in der nun illegalen Partei. Das Ziel war ihre Spaltung: »Geheimdienstliche Arbeit besteht nicht nur darin, Nachrichten und Material herbeizuschaffen, das zur Festnahme von Verfassungsfeinden dienen kann. Wer die Besonderheiten der Untergrundarbeit erkannt hat, kann auch mit feinerer Klinge fechten. Ich hatte die Gelegenheit, das zu probieren«, schreibt Nollau nicht ohne Stolz.

Zunächst erfand er zu diesem Zweck das Propagandablatt *Der Dritte Weg,* das er an namentlich bekannte Kommunisten in Ost- und Westdeutschland senden ließ. Die Verfassungsschützer hofften, die Zeitung »werde in der illegalen KPD zersetzend wirken und uns die Möglichkeit eröffnen, unter den Dissidenten, die wir kennenzulernen hofften, Informanten zu gewinnen«. Das Kalkül ging auf: Interessenten wandten sich an das angegebene Koblenzer Postfach, um weitere Ausgaben zugeschickt zu bekommen. So kam der Verfassungsschutz an »Anschriften ideologischer Abweichler«.

Auch die gewünschte Wirkung in der SED zeigte sich bald. Walter Ulbricht ermahnte Intellektuelle im Juni 1959, sich nicht auf die Suche nach einem »Dritten Weg« zu machen. Kurz darauf berichtete der *Spiegel* von der Reaktion der DDR-Regierung auf die gleichnamige Publikation: »Ausgerechnet einer Zeitschrift solcher Ideal-Kommunisten, einem obskuren, seit Mai dieses Jahres in Koblenz erscheinenden Blättchen, widerfuhr die Ehre, für die größte ideologische Abwehrkampagne in der Geschichte der SED den Titel liefern zu dürfen.« Nollau kommentiert dies trocken: »Wir waren dankbar für die kostenlose Reklame, die der *Spiegel* für unser in der Tat obskures Blättchen machte.« 1961 allerdings kam die Stasi den Fake-Maoisten aus Koblenz auf die Schliche: Sie hatte einen Spitzel in die Redaktion des *Dritten Wegs* eingeschleust, der in die DDR berichtete, dass die Publikation ein Schmu sei und Nollau höchstpersönlich jede Zeile absegne.

Der Verfassungsschutz hörte deshalb nicht auf, den sino-sowjetischen Streit zu instrumentalisieren. Anfang der sechziger Jahre begann die KP Chinas, den Maoismus offensiv als kommunistische Alternative zu bewerben. Der chinesische Verlag für Fremdsprachige Literatur übersetzte nun mehr und mehr Propagandaliteratur: politische Schriften Maos und seines engen Gefährten Lin Biao, diverse Zeitschriften sowie Verlautbarungen des Zentralkomitees. Für den weltweiten Vertrieb sorgte Guozi Shudian, der »Internationale Buchladen«. Die chinesischen Verlage arbeiteten zu diesem Zweck mit ausländischen Übersetzern und Buchhändlern zusammen, man konnte die Publikationen aber auch direkt in Peking bestellen. Prospekte und Anzeigen in westdeutschen Zeitungen – selbst in der »kapitalistischen« *Frankfurter Allgemeinen* – informierten über das Angebot. Unter anderem wurden Abonnements der *Peking Review* beworben, die zunächst auf Englisch, bald aber auch regelmäßig auf Deutsch erschien. Das entging auch Nollau nicht. Er ließ sich die Zeitschrift zuschicken.

Beim Durchblättern kam ihm eine Idee: »Eines Tages lagen einer Nummer der *Peking Review* Formulare bei, die der Leser benutzen sollte, um dem Verlag Anschriften von Personen mitzuteilen, die interessiert waren, die Zeitschrift zu beziehen. Das brachte mich auf den Gedanken, derartige Formulare mit Adressen von Mitgliedern der illegalen KPD auszufüllen und nach Peking zu senden.« Dies hatte gleich einen doppelten Nutzen: »Wenn das funktionierte, dann würden nicht nur die Pekinger antisowjetischen Schriften in der KPD verbreitet, sondern auch bei der Führung der KPD der Eindruck entstehen, in ihrer Organisation sei eine mächtige prochinesische Fraktion am Werke.« Der Verfassungsschutz druckte also Hunderte von Formularen nach und versah sie mit den Namen von KPDlern. Vermutlich waren darunter auch die Adressen jener »Abweichler«, an die man durch das erfundene kommunistische Blatt *Der Dritte Weg* gekommen war.

Um zu vertuschen, dass es sich um eine lancierte Aktion handelte, schickten Nollaus Mitarbeiter die Bestellzettel auch von Basel, Brüssel und Paris aus in die Volksrepublik. Sicherheitshalber trugen sie Namen ihrer eigenen Leute mit ein, um zu wissen, wann die *Peking Reviews* bei den KPD-Mitgliedern eintrafen.

Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. In ihrem Organ *Neues Deutschland* empörte sich die Partei Ende Juli 1963, dass die Kommunistische Partei Chinas mit diesem Vorgehen ihre Verpflichtung verletze, »sich nicht in innere Angelegenheiten einer Bruderpartei einzumischen«. Einige Mitglieder lasen die chinesische Zeitschrift interessiert, andere lieferten sie umgehend bei der Parteiführung ab. Die untersuchte daraufhin, wer die Zustellung der Materialien nicht gemeldet hatte – was, wie Nollau genüsslich anmerkt, in einer konspirativ arbeitenden Organisation natürlich nicht so einfach war.

Der Verfassungsschutz hatte sein Ziel erreicht: »der KPD Schwierigkeiten zu bereiten«, wie Nollau schreibt. Vieles spricht dafür, dass es auch gelang, die kommunistische Bewegung in Westdeutschland zumindest in Ansätzen zu spalten. Und von Anfang an wusste der Sicherheitsdienst, wer die »ideologischen Abweichler« waren. Die wiederum konnte das Amt nun, zumindest theoretisch, einfacher beschatten – oder sogar anwerben. Der Überblick über die maoistische Bewegung, die man selbst mit aus der Taufe gehoben hatte, war also zunächst gesichert.

Gegenüber der Öffentlichkeit versuchte der Nachrichtendienst seine Beteiligung zu verbergen. Der *Spiegel* allerdings schöpfte Verdacht. Im Februar 1964 berichtete das Magazin: »Pekings roter Mandarin Mao Tse-tung leistet dem bundesdeutschen Verfassungsschutz kostenlose Dienste: Zur Freude der Abwehr-Beamten in Bund und Ländern setzt der chinesische Parteiführer die Zirkel der westdeutschen Untergrund-Kommunisten in permanente Verwirrung.« Ein »Sprecher des Kieler Verfassungsschutzamts« bestätigte, man wisse seit Eingang der »Post aus Peking«, dass in der KPD über den »richtigen Weg zum Kommunismus« gestritten werde. Offenbar seien »die Versandbuchhändler aus der Volksrepublik China im Besitz lückenloser Mitglieder-Karteien der westdeutschen Untergründler«, mutmaßte der *Spiegel.* Woher diese wohl stammten? Der Verfassungsschutzmann log unverhohlen: »Woher die Pekinger Verlage die Adressenliste haben, ist uns unbekannt. Wir jedenfalls haben keinen V-Mann in Peking.«

Zitiert wird in dem Artikel auch die Moskauer *Prawda,* die sich beschwerte, dass »deutsche Staatsschutzorgane die Zuflut chinesischen Materials in die Bundesrepublik begünstigten«. Tatsächlich wurden Propagandamaterialien aus China nicht abgefangen. Wie das sein könne? »Das Material richtet sich nicht gegen den Westen, sondern greift direkt in die Auseinandersetzung zwischen Mao und Chruschtschow ein«, behauptete der Kieler Mitarbeiter Nollaus. Eine Ausrede. Denn gegen den »US-Imperialismus« polemisierten die chinesischen Medien in den Sechzigern ebenso heftig; auch die europäischen Demokratien kritisierten sie offen. Man braucht nur eine beliebige Ausgabe der *Peking Review* jener Jahre aufzuschlagen, und die Abneigung gegen »den Westen« schlägt einem entgegen. Ganz offensichtlich nahm der Verfassungsschutz dies in Kauf, solange er die entstehende maoistische Bewegung in Westdeutschland unter seiner Kontrolle wähnte und sie gegen die Sowjet-Kommunisten ausspielen konnte.

Die Bundesrepublik war in dieser Hinsicht kein Einzelfall. Auch andere westliche Geheimdienste unterwanderten die kommunistischen Bewegungen in ihren Ländern, und auch sie wussten das sino-sowjetische Schisma zu nutzen.

In den USA wurde dies Ende der neunziger Jahre bekannt, nachdem Bill Clinton den Freedom of Information Act ausgebaut hatte. Zehntausende zuvor geheime Dokumente gelangten an die Öffentlichkeit. Ein Name tauchte in ihnen besonders häufig auf: Morris Childs, ein Spion, der dem FBI zwei Jahrzehnte lang aus der Communist Party of America berichtete. Bereits 1958 traf er Chruschtschow und Mao, als erster Amerikaner erfuhr er von den Spannungen zwischen den beiden kommunistischen Führern. FBI-Chef J. Edgar Hoover unterrichtete Präsident Eisenhower sofort über die Erkenntnisse seines »wertvollsten Geheimagenten«. Für den Präsidenten seien sie eine »Offenbarung« gewesen.

In den Niederlanden kam 2004 die wohl konsequenteste Unterwanderung der linken Szene ans Licht: Frits Hoekstra – in den siebziger und achtziger Jahren verantwortlich für Gegenspionage beim Binnenlandse Veiligheidsdienst (BVD) – legte damals offen, wie der niederländische Geheimdienst gleich eine ganze maoistische Partei schuf. Drei führende Mitglieder der Marxistisch-Leninistische Partij Nederland (MLPN) arbeiteten für den BVD, die restlichen knapp 20 Genossen waren nicht in das Schauspiel eingeweiht. Die Parteispitze verschleierte Größe und Aktivitäten der in konspirative Zellen eingeteilten MLPN vor ihren eigenen Leuten wie vor der Öffentlichkeit. Sie habe Hunderte Mitglieder – mit solchen Zahlen prahlte der Parteiführer Chris Petersen nicht zuletzt in China. 25-mal fuhr der Mann, der eigentlich Pieter Bouvé hieß, in die Volksrepublik, wo er nicht nur Informationen, sondern auch Geld für die Parteizeitung einsammelte. Die KP Chinas finanzierte unwissentlich das Organ einer Partei, die sich westliche Sicherheitsdienste ausgedacht hatten.

In der Bundesrepublik entstand in den Sechzigern ebenfalls eine so winzige wie kurzlebige maoistische Partei, die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) – nicht zu verwechseln mit der noch heute aktiven Partei gleichen Namens. War auch sie ein bloßes Geheimdienst-Produkt? Darüber wurde nach Hoekstras Enthüllungen wild spekuliert. Beweise gibt es bis heute keine. Fest steht, dass der Verfassungsschutz, der sich in den vergangenen Jahren vorwerfen lassen musste, mit seinen V-Leuten rechtsextremistische Parteien und Gruppen gefördert zu haben, in den sechziger Jahren Pionierarbeit bei der Ausbreitung des Maoismus in Westdeutschland geleistet hat. Dass von Ende der sechziger Jahre an plötzlich Tausende Menschen eine Revolution nach chinesischem Vorbild herbeisehnten, lag indes hauptsächlich am globalen Moment von »68«. Daraus entstand eine Bewegung, die der Verfassungsschutz nicht allein hätte antizipieren oder initiieren können.

Die staatlichen Behörden entschlossen sich jedoch auch nicht dazu, den anschwellenden Strom maoistischen Propagandamaterials zu drosseln. Während in den Fünfzigern und Sechzigern jährlich um die 17 Millionen »staatsgefährdende« Broschüren aus der DDR abgefangen wurden, brachte die Post die Propaganda aus Peking weiterhin ungehindert an den Mann – darunter Zigtausende »Mao-Bibeln«. »Worauf auch der Kommunist stößt«, mahnt der Große Vorsitzende, »er muß stets fragen: ›Warum?‹«

Die Autorin ist Doktorandin
im Sino-German Graduate Program am Fachbereich
Geschichte der Universität Hamburg

Abb.: Bastian Kamp für DIE ZEIT; Foto: DZ